

Dr. Günter Briese
Stubenrauchstr.71
15732 Eichwalde,
Tel.:0173.6447603
drgbriese@gmail.com

den 21. Mai 2019
Az.: Io + EG

MÄRKISCHE ALLGEMEINE
- Lokalredaktion Königs-Wusterhausen -
Karl-Marx-Str.23
15711 Königs-Wusterhausen

über E-Mail kwh@MAZ-online.de versandt

B e i t r a g s a n g e b o t

"Fehlende und falsche politische Entscheidungen befördern Volksbegehren"¹
- zu "Bürger reden in der Politik oft direkt mit", MAZ 8.Mai 2019, S.8 -

Sehr geehrte Damen und Herren Redakteure,


anliegend erhalten Sie vorgeh. Beitrag mit der Bitte um baldige Veröffentlichung.

Es ist richtig, die Bürger reden mit - aber ein Mitreden i.S. der Beeinflussung von Entscheidungen ist Ihnen auch gem. Ihrem Beitrag meist nicht möglich !

Die meinerseits benannten Probleme sind nur Beispiele und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die neueste Köpenickiade ist die Befürwortung der BER-Masterplan-Erweiterung entgegen Konsensbeschluß- wie PFB-Festlegungen ohne einen neuen PFB und ohne eine Umweltverträglichkeits-Prüfung ! Nur ist die Angelegenheit zu ernst, um darüber lachen zu können, wie über den Hauptmann von Köpenick !

Mit freundlichen Grüßen


- Dr.G.Briese -

A n l a g e

Fehlende und falsche politische Entscheidungen befördern Volksbegehren
- zu "Bürger reden in der Politik oft direkt mit", MAZ 8.Mai 2019, S.8 -

Daß Brandenburg und Berlin diejenigen Bundesländer sind, in welchen trotz ausbremsender Bestimmung der Unterschrift nur im Rathaus die meisten Volksbegehren initiiert wurden, wundert nicht ! So fragwürdige Vorhaben wie die Zentrale-Orte-Gliederung und die Kreisreform und so rechtlich vakante Fehlentscheidungen wie die Ablehnung des Bürgerwillens zum Nachtflugverbot in Schönefeld und zur Offenhaltung des Flughafens Tegel TXL und zur Altanschließer-Beitrags-Erhebung ohne Rückzahlung an alle Betroffenen trotz Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2015 sowie fehlende Parlamentsentscheidungen zu den Zusendungen von 2013 (!) und 2017 (!) zur Umsetzung von EU-Recht i.Vbdg. mit dem Berliner Flughafensystem und widerrechtlicher Bürger-Co-Finanzierung des BER-Projektes über Wasser- und Abwasser-Beiträge und -Gebühren des Zweckverbandes MAWV können dies nur befördern. Widerspruch wird regierungs- wie parlamentsseitig geradezu provoziert, wenn die Wahrnehmung grundgesetzlicher Verantwortung mit unqualifiziert-lächerlichen Begründungen abgelehnt wird. Gegen eine derartige Verfahrensweise mußte bereits beim Bundestagspräsidenten und der Brandenburger Landtagspräsidentin Beschwerde eingelegt werden.

Dr.G.Briese, Eichwalde

Verfasser: Dr.Günter Briese, Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,
Handy: 0173.6447603, Mail: drgbriese@gmail.com
Eichwalde, am 21.Mai 2019



- Dr. Günter Briese -